

Der Rückhalt in der Gesellschaft

Nach Stuttgart: Krawalle, Ursachen und die Unterschiede zu den USA | Von Thomas Berbner

Die Gewalt in Stuttgart ist auch das Ergebnis einer immer weiter sinkenden Hemmschwelle. Es wirkt fast hilflos, wenn Politiker jetzt wieder das Gewaltmonopol des Staates betonen. Damit erreichen sie Teile der Bevölkerung gar nicht mehr: Der rechte Rand wie auch Linksextremisten kämpfen – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – gegen den Staat und seine Ordnungsmacht. Und auch vor Stuttgart haben mir Beamte mit den wieder berichtet, bei jungen Einwanderern verbreite sich eine gefährliche Haltung: „Ihr habt uns gar nichts zu verbieten.“

All das fällt nicht vom Himmel. Den Mut zu solchen Übergriffen haben kleine Gruppen nur, wenn die große Mehrheit der Gesellschaft es zulässt. Natürlich gibt es auch bei der Polizei Fehler, gewaltsame Übergriffe durch Beamte gegen Demonstranten kommen vor, und sie müssen angezeigt und gerichtlich geahndet werden. Doch in der Summe und der Schwere der Taten sind sie nicht zu vergleichen mit den Angriffen auf Leib und Leben von Polizeibeamten, die zum Beispiel in der linksextremistischen Szene längst etabliert sind.

Es gibt durchaus auch geistige Brandstifter. Die *Tageszeitung* setzt in einer Kolumne Polizeibeamte auf eine Stufe mit Müll. Eine Grenzüberschreitung, aber beileibe nicht der erste Versuch der *taz*, linksextremistisches Gedankengut salonfähig zu machen. Da hilft es auch wenig, es hinterher zur Satire zu erklären.

Aber auch an der Spitze ehemaliger Volksparteien passieren verbale Entgleisungen: Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken schreibt nach der Tötung eines Schwarzen durch einen Polizisten in den USA vom „latenten Rassismus in der deutschen Polizei“.

Sind die jüngsten Fälle von Tötungen bei misslungenen Festnahmeaktionen in den USA wirklich mit der Situation bei der deutschen Polizei gleichzusetzen? Natürlich



Unter Leuten - am Hauptbahnhof Frankfurt/Main.

lich gibt es auch unter deutschen Polizisten Fälle von Fremdenfeindlichkeit und auch rassistische Einstellungen. Ein Vorfall während der Krawalle von Stuttgart wird nach der Veröffentlichung des Audiomitschnitts eines Beamten gerade untersucht. Aber das Etikett vom „latenten Rassismus“ ist ein Generalverdacht gegen die Polizei. Immerhin: Beim Besuch einer Polizeischule in Niedersachsen hat die SPD-Vorsitzende den Begriff so nicht mehr wiederholt,



THOMAS BERBNER
war Korrespondent in Washington und Berlin und leitet die aktuelle Fernsehredaktion des NDR. Er hat mehrere Dokumentationen zur Arbeit der Polizei veröffentlicht.

sprach laut einem Zeitungsbericht lieber von „schwierigen Tendenzen“. Warum hat sie nicht gleich von Einzelfällen gesprochen, aus denen man nicht auf die gesamte Polizei schließen dürfe? Was sollen Polizeibeamte, die jeden Tag irgendwo im Land beleidigt, bedroht oder angegriffen werden, daraus für Schlüsse ziehen?

Wer mit Ermittlern und Streifenbeamten spricht, trifft häufig auf eine Mischung aus Wut und Frustration. Mitleid wollen

die Beamten nicht, aber eine faire Debatte in der Gesellschaft und auch eine faire Berichterstattung in den Medien. Das ist keineswegs immer garantiert. Während des G20-Gipfels in Hamburg 2017 kam es zu einer gewaltsamen Auflösung einer unangemeldeten Demonstration durch die Bereitschaftspolizei. Die Beamten gingen dabei mit großer Härte vor, rannten auch junge Demonstranten im hinteren Teil des Zuges einfach über den Haufen, es gab unter den Teilnehmern viele Verletzte. Ein Video des Vorfalls bewertete die *Süddeutsche Zeitung* unter dem Titel „Drei Bengalos reichten für die Polizeiattache“ so: „Im Einsatzbericht der Polizei steht, der Schwarze Block habe mit Steinen und Flaschen geworfen. Auf dem Video ist davon nichts zu sehen.“ Hätte der Autor das Video genauer geprüft, hätte er eindeutig sehen können, dass aus dem vorderen Teil des Aufzugs sehr wohl mehrere Pflastersteine Richtung Polizei flogen. Die Berichterstattung im *Spiegel* und in der *ARD* stellte das anschließend richtig.

Polizeibeamte registrieren sofort, wenn der Rückhalt aus der Mitte der Gesellschaft schwindet und es zu einseitigen Darstellungen in den Medien kommt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mahnte nach den Vorfällen in Stuttgart:

„Wer Polizistinnen und Polizisten angreift, wer sie verächtlich macht oder den Eindruck erweckt, sie gehörten ‚entsorgt‘, dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen.“

Ob der Appell diesmal zu einem Umdenken führt? Es wäre uns allen zu wünschen. Sonst ist vielleicht der Tag nicht mehr so fern, dass niemand mehr Polizist oder Polizist werden möchte.

Teile dieses Textes erschienen am 22.6.2020 in einem Fernsehkommentar der *ARD*-Tagesthemen und wurden in sozialen Netzwerken kontrovers diskutiert.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @mathadear.

Bellen

In einer Rede aus dem Jahr 1975 sagte die Schriftstellerin Toni Morrison einmal, dass Rassismus den schwerwiegenden Zweck habe, von der eigentlich notwendigen Arbeit abzulenken. Ihre Worte hallen immer besonders laut nach, wenn „Debatten“ ablaufen, wie sie in der letzten Woche über die *taz*-Kolumne „All cops are berufsunfähig“ und anhand der Person von Hengameh Yaghoobifarah geführt wurde.

Ja, Debatte in Anführungszeichen. Vielmehr haben wir es nämlich mit einer gewaltvollen Diskursverfälschung zu tun, nicht nur, aber vor allem ausgeübt durch Horst Seehofer. Ein Innenminister, der über die *Bild*-Zeitung eine Kampagne gegen eine Einzelperson initiiert, sie also bewusst zur Zielscheibe für Hass und Gewalt macht, um an ihr ein Exempel zu statuieren.

Wenn tatsächlich diskriminierenden „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“-Texten und -Aussagen laut widersprochen wird – von denen es im übrigen weiter unzählige Beispiele gibt –, ist angeblich immer gleich die Meinungsfreiheit in Gefahr. Doch wenn ein Innenminister seine Machtposition missbraucht, um die Presse- und Meinungsfreiheit anzugreifen, weil ihm ein satirischer Text mit Strukturkritik nicht passt, soll das keine erschreckende Eskalation sein?

In Deutschland gilt eben am Ende immer noch, dass Kritik an Rassismus grausam ist und nicht etwa der Rassismus selbst. Oder wie es in einer deutschen Rede von Horst Seehofer kennt: Getroffene Hunde bellen.

Diese Getroffenen machen sich außerdem gerne selber zum Opfer und verzerren damit die tatsächlichen Machtverhältnisse, um sich ihrer Verantwortung zu entledigen, vom – Sie ahnen es – eigentlichen Problem abzulenken und damit die Diskriminierung marginalisierter Menschen fortzusetzen.

Die Autorin Ayesha Khan fasste es auf Twitter so zusammen: „Reminder: Lasst keine Diskursverschiebung zu. Hier geht es nicht nur um Presse- & Meinungsfreiheit oder ‚Randale in Stuttgart‘, sondern, dass seit einigen Wochen auch die Kritik an deutscher Polizei, Polizeigewalt & systemischen Rassismus lauter wird. Deshalb #Seehoferuecktritt“.

Horst Seehofer hat sich nicht entschuldigt, er ist nicht zurückgetreten. All das ist aber überfällig. Wir dürfen also weder davon abgelenkt werden, dass dies ein unhaltbarer Zustand ist, noch davon, dass der Kampf gegen Rassismus jetzt erst recht im Fokus bleiben muss.

Robustes Reden

Zum zweiten Mal übernimmt die Kanzlerin den Ratsvorsitz der EU. Was hat sie noch vor? | Von Rolf-Dieter Krause

Es ist eine Seltenheit, eigentlich eine Unmöglichkeit, die der deutschen Kanzlerin widerfährt, wenn sie am 1. Juli mit Deutschland den Ratsvorsitz der Europäischen Union antritt: Zum zweiten Mal übernimmt Angela Merkel dieses Amt. Dreizehn Jahre liegen in Europa zwischen zwei Präsidentschaften, so lange hält kaum eine Regierung durch. Und wie beim vorigen Mal, 2007, sind die Erwartungen an die Kanzlerin und ihr Land hoch.

Das ist im Fall Deutschlands immer so. 2007 standen Reparaturarbeiten an. Die europäische Verfassung war an Referenden in Frankreich und den Niederlanden gescheitert. Es war der deutschen Regierung, Merkel selbst und vor allem ihrem Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu verdanken, dass wenigstens der substantielle Kern der Verfassung in den späteren Vertrag von Lissabon gerettet werden konnte. Und die Klimakanzlerin wurde geboren: Merkel hievte das Thema auf die europäische Tagesordnung, und sie bescherte uns das Verbot herkömmlicher Glühbirnen.

Nach dem Ende der Präsidentschaft war freilich zu beobachten, wie das deutsche Engagement rapide in sich zusammenfiel. Irgendein europapolitisches Konzept wurde in Berlin nie entwickelt, man „fuhr auf Sicht“, gerade in der Finanzkrise, und das

hiess auch, dass die Fahrt manchmal in Sackgassen führte. Die deutsche Energiepolitik folgte ihren erratischen Schwankungen ohne Absprachen mit unseren Partnern, geschweige denn mit irgendeiner Rücksichtnahme. In der Klimapolitik staunte Europa über einen ziemlich rüden, noch dazu plumpen deutschen Lobbyismus zugunsten von mehr und nicht weniger Luftverschmutzung. Und Solidarität in der Migrationspolitik entdeckte Berlin erst, als die Flüchtlinge zahlreich in Deutschland ankamen.

Die Präsidentschaft 2007, so zeigte sich im Nachhinein, war für die Kanzlerin vor allem eine Gelegenheit, mit europäischem Prestige innenpolitisch zu punkten.

Und diesmal? Es fehlt nicht an großen Ankündigungen: „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ – das soll die Überschrift der deutschen Präsidentschaft sein (was implizit darauf hinweist, wie schwach es inzwischen geworden ist). Es fehlt nicht an Baustellen: Die Bewältigung der Coronafolgen, der Brexit, der EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre – das wäre Stoff für drei Präsidentschaften. Damit nicht genug: Klimaschutz, Digitalisierung sowie der Schutz der demokratischen Ordnung und des Rechtsstaates sollen die Schwerpunkte der Präsidentschaft bilden.

Wobei auffällt, dass Merkel damit in Europa Probleme angehen will, die sie durch Tun oder Nichtstun selbst mit herbeigeführt hat. Digitalisierung ist heute in der EU vor allem ein deutsches Problem. Mit ihren Funklöchern und schwachen Internetverbindungen zählt die deutsche Infrastruktur zu den schwächsten in Europa. Beim Klimaschutz kann Berlin nach seinem fragwürdigen Einsatz für die deutschen Autohersteller, auch mit seiner Kohlepolitik sehr viel weniger glaubwürdig auftreten als vor 13 Jahren.

Und der Schutz von Rechtsstaat und Demokratie? Es war die Kanzlerin, ihre Partei, die CDU und deren Schwester, die CSU, die ihre schützende Hand über Viktor Orbán hielten, seit der begann, Demokratie und Rechtsstaat in Ungarn systematisch auszuhöheln. Das schlechte Beispiel konnte so Schule machen, in Polen und anderswo: Etwa ein Drittel der EU-Mitgliedstaaten ist heute nur noch eingeschränkt als Rechtsstaat zu



ROLF-DIETER KRAUSE
war langjähriger Leiter des *ARD*-Studios in Brüssel.

bezeichnen. In einer Gemeinschaft, die sich auf nichts anderes gründet als auf gemeinsames Recht, ist das keine Kleinigkeit.

Ihren stärksten Trumpf hat Merkel schon vor Beginn der Präsidentschaft ausgespielt, gezwungenermaßen: Es war ja wirklich nicht ihr Wunsch, dass sich die EU nun verschuldet (was ihr vertraglich eigentlich verboten ist) und dass gigantische Finanztransfers zugunsten hochverschuldeter Staaten stattfinden. Noch vor einem Jahr hätte Deutschland dies strikt abgelehnt. Es war der Wunsch Macrons, vor dem sie einknickte, als sich die Stimmung in Südeuropa immer stärker gegen Deutschland aufbaute. Eher wurde sie getrieben, als dass sie von sich aus die Initiative ergriffen hätte.

Es rächt sich, dass Berlin kein europapolitisches Konzept hat. Oder kann irgendjemand sagen, wohin Deutschland die EU entwickeln will? Das zentrale und wichtigste Mitgliedsland der EU versagt damit seinen Partnern wichtige Orientierung, es schwächt seine eigene Position, und es schwächt Europa. Man mag sich vielleicht eine Sekunde lang vorstellen, was Deutschland zugunsten der EU hätte heraushandeln können, wenn es zu solchen Finanzbeiträgen wie jetzt nicht unter Druck, sondern im Zuge eines Verhandlungsprozesses bereit gewesen wäre.